

## **Beschluss des Landrats vom 29.08.2019**

Nr. 49

### **28. Klimastreik der Schülerinnen und Schüler im Kanton Baselland** 2019/67; Protokoll: pw

**Jan Kirchmayr** (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

**Jan Kirchmayr** (SP) freut sich über die wohlwollende Kenntnisnahme und die Feststellungen des Regierungsrats. Es ist klar, dass man nicht jeden Freitag streiken sollte, sonst hätten die Lehrperson jeweils keine Schülerinnen und Schüler mehr im Schulzimmer. Dennoch wäre eine Weisung seitens Regierungsrat wünschenswert. Es ist nicht ganz richtig, dass alle Schulleitungen ihre Regeln selber festlegen, denn dies führt teilweise zu einer Ungleichbehandlung. Die Ausführungen darüber, was der Regierungsrat alles machen möchte, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, auch im Bereich Verkehr, sind ebenso erfreulich. Hat sich der Regierungsrat bereits mit der Gruppierung Fridays for Future getroffen oder ist dies für die Zukunft geplant?

**Bálint Csontos** (Grüne) nimmt die Antwort auf die vorherige Interpellation 2019/185 auch positiv zur Kenntnis. Aus der Antwort zu dieser Interpellation ist jedoch zu entnehmen, dass der Regierungsrat ohne materielle Basis für den Kanton eine positive Klimaschutzbilanz zieht. Damit bleibt der Regierungsrat hinsichtlich Erkenntnis und Handlungsfähigkeit sowie Handlungswille meilenweit hinter dem Bundesrat zurück. Wie ist es möglich, eine Interpellation zur Klimakrise zu beantworten, ohne die Klimaverträge von Paris zu erwähnen? Wie ist es möglich, den wichtigsten Faktor – die Zeit – in der Antwort nicht zu beachten? Der Faktor Zeit, die Dringlichkeit, ist schliesslich der Grund für die Demonstrationen.

Der Regierungsrat hat erkannt, dass das Thema virulent ist. Bis jetzt hat der Redner jedoch den Eindruck gewonnen, dass dies vorwiegend dem Wahlherbst geschuldet ist. Vom Gegenteil lässt er sich gerne überzeugen.

Zum Energiegesetz: Es ist zwar eines von den neuesten, aber seit dem Bericht des WWF, der vor zwei oder drei Wochen erschienen ist, weiss man, dass sich der Kanton Basel-Landschaft hinsichtlich Modernität lediglich im tristen Mittelfeld befindet.

Zwei Fragen: Ist Absatz zwei der Antwort zur der vierten Frage so zu verstehen, dass der Regierungsrat das geltende Gesetz als der Realität genügend erachtet? Bezieht sich der Regierungsrat, wenn er von Klimazielen spricht, auf die Klimaziele von Paris, die für die Schweiz verbindlich sind? Der Redner ist der Überzeugung, dass der Kanton Basel-Landschaft mit einem echten Klimaschutzgesetz das Übereinkommen von Paris umsetzen muss.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) führt aus, das Gesetz – unabhängig dessen, wie gut man es findet – sei am 1.1.2017 in Kraft getreten und im Parlament mit 80:4 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen worden. Es waren also fast alle der Meinung, dass das Richtige gemacht wird. Und es war auch ein Schritt. Ob das Gesetz für die zukünftigen Entwicklungen alles beinhaltet, wird periodisch geprüft. So steht es auch im Gesetz selbst. Bis Ende 2019 wird es einen Statusbericht geben, um einen ersten Überblick zu erhalten. Zudem wurde eine Koordinationsstelle Klima beschlossen. Die Aufgabe wurde dem Lufthygieneamt beider Basel zugeordnet. Die Klimathematik macht nicht an den Kantonsgrenzen halt.

Aktivismus ist keine Lösung. Es braucht konkrete Handlungen, die abgestützt, fundiert und mehr-

heitsfähig sind und einen echten Beitrag zur Verbesserung des Klimas bringen. So kommt man einen Schritt vorwärts und dreht sich nicht nur diskutierend im Kreis.

Der Regierungsrat hat nicht gesagt, es handle sich um das beste aller Gesetze, sondern lediglich um das modernste. Im nächsten Jahr soll geschaut werden, wo man steht, und dem Parlament berichtet werden. Bekanntlich sind im Gesetz nicht alle Elemente der Musterkennvorschriften enthalten, dazu hat auch der Landrat beigetragen. Wie man weiterfahren möchte, kann zu einem vernünftigen Zeitpunkt diskutiert werden. Im Moment macht es aber wenig Sinn, eine grosse Debatte zu führen.

**Jan Kirchmayr** (SP) sagt, seine Frage sei noch nicht beantwortet worden. Hat sich der Regierungsrat bereits mit Vertreterinnen oder Vertretern der Gruppierung Fridays for Future getroffen oder ist dies zumindest in nächster Zeit geplant?

**Hanspeter Weibel** (SVP) bezieht sich auf die Massnahmen im Zusammenhang mit dem Klima. In einer Fragestunde der vergangenen Legislatur hatte der Redner die Frage gestellt, wo im Kanton Basel-Landschaft überhaupt CO<sub>2</sub> gemessen werde. Wenn man plant Massnahmen zu ergreifen, muss auch festgestellt werden können, welche Auswirkungen diese haben. Die offizielle Antwort des Lufthygieneamts beider Basel war, dass sich die massgebende Messstation in Hawaii befinde. Eine weitere gebe es auf dem Jungfrauoch. Auf die Nachfrage hin, wie denn das CO<sub>2</sub> im Kanton Basel-Landschaft genau bestimmt werde, kam die schriftliche Antwort, man lasse zwei Mal jährlich ein Computerprogramm laufen, um dies zu ermitteln. Es handelt sich also um eine Modellrechnung.

Der Anspruch, eine Wirkung von Massnahmen zu ermitteln, besteht durchaus, vor allem wenn es um viel Geld geht.

**Simone Abt** (SP) weist darauf hin, dass die Frage von Jan Kirchmayr nicht beantwortet worden sei, und wünscht eine Antwort.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) bekundet etwas Mühe mit der Frage. Er ist gerne bereit, Anliegen entgegenzunehmen. Diese sollten jedoch auf dem ordentlichen Weg angemeldet werden.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---